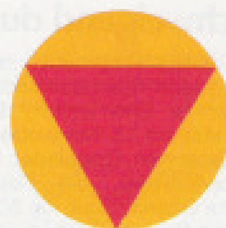
DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

JANUAR 1 / 93

1993 – Antifaschismus notwendiger denn je!!

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kameradinnen und Kameraden,

die Redaktion vom „Bremer Antifaschist" sowie der Vorstand hoffen, daß das Weihnachtsfest ein friedliches und besonnenes war.

Zur Jahreswende 92/93 wollen wir in der Familie, im Freundeskreis oder mit Nachbarn das alte Jahr verabschieden und in das Neue Jahr schreiten. Gegen die Terrorwelle der Neonazis im vergangenen Jahr sollte im Neuen Jahr unsere Erfahrung im Kampf gegen Faschismus und Krieg vermittelt werden.

Antifaschismus ist notwendiger denn je, verkündeten die Delegierten der VVN-BdA Bremen e.V. von ihrer Konferenz vom Dezember 1989. Im Jahr 1992 haben viele junge Frauen und Männer dies nicht nur erkannt, sondern sich auch eingesetzt. Sie sind der Fundus des Bundes der Antifaschisten.
Dem organisierten Neonazi-Terror kann aber nur der organisierte Antifaschismus Paroli bieten.

Organisieren wir uns ein erfolgreiches Jahr 1993.

i.A. Willy Hundertmark

1993 – Altlasten aufarbeiten

Das turbulente 1992 wurde mit einem Kompromiß abgeschlossen.

Der Kompromiß sollte vom 6.12.92 den in den letzten Wochen gewachsenen Widerstand mit Erhalt des Art. 16 GG brechen. Die Einführung eines Art.16a soll andererseits den Art. 16 außer Kraft setzen. Das ist der gleiche Akt, mit dem 1955 der Art. 4, 3 GG – kein Deutscher darf gezwungen werden, eine Waffe in die Hand zu nehmen – praktisch außer Kraft gesetzt wurde. Mit Art. 12 a wurde die Wehrpflicht wieder eingeführt. Seitdem müssen die jungen Männer beweisen, warum sie nach Art. 4,3 keine Waffe in die Hand nehmen wollen.

Nach Art. 16 a soll es Asylbewerber aus EG-Ländern überhaupt nicht geben, in den Ländern Polen, Tschechei und Slowakei werden D-Mark-Mauern errichtet und die umworbenen Aussiedler werden reglementiert.

Eines ist schon sicher, der Kompromiß löst weder die eigenen Probleme der Wirtschaft noch die in der entwickelten kapitalistischen und erst recht nicht in der sog. 3. Welt.

Und mit 16 a wird der latent existierende Rechtsextremismus nicht ausgelöscht. Nicht ausgelöscht, solange es Richter gibt, wie den von Lübeck, der den Haftbefehl gegen den bekannten Neonazi Peters aufhob, weil die Haftgründe angeblich nicht ausreichten.

Ein Kommentar von Björn Engholm nannte die Gründe: Er meinte, der Juristenstand sei der freieste in Deutschland und Mitglieder dieses Standes dürften auch mal irren, auch wenn der Irrtum ein Mörder werde.

Diese Freiheit ist so einseitig extremistisch, daß sie selbst Mitglieder ihres Standes wegen der Teilnahme an den friedlichen Sitzblockaden verurteilten, wie u.a. auch Bremer Richter.

Der Juristenstand ist so frei, daß er es nicht schafft, die in den alten Bundesländern noch lebenden fast 4000 Nazis, die wegen Mordes verurteilt werden können, zu verurteilen.

Die Ausrede, genau wie beim mutmaßlichen Mörder Peters, ist immer die gleiche: die Beweise reichen nicht aus, wenn es zur Anzeige kommen soll.

Auch wenn der Bundesstaatsanwalt von Stahl, wenn er von Rechtsextremismus spricht, immer rechts und links gleichsetzt, so wird durch seine neueste Aussage, Neonazis seien alles Einzeltäter, der Rechtsextremismus nicht bekämpft, sondern ermuntert. Der Rechtsextremismus operiert schon seit 1972 im von Dr. Frey gegründeten Nationalen Rat (siehe auch BAF Dez. 1992).

Am 8. Dezember 1992 wurde von den 4 Parteien ein weiterer Kompromiß abgeschlossen, den aber der Bundestag nicht mit zwei drittel Mehrheit absegnen muß.

Man will die Diäten um DM 441,– monatlich erhöhen. Die angekündigten Entlassungen auch im Westen (siehe Klöckner), die angekündigten Kürzungen der Sozialleistungen, der Unterstützung von Arbeitslosen um jeweils 3% und die Renten erst am 1.1.94 zu erhöhen, diese Politik hat ab 1930 auch keine Krise gelöst.

Wenn 1992 Historiker meinen, man könnte heute nicht mit 1932 vergleichen, außerdem hätten wir heute mehr Demokraten, so hat diese Aussage keinen anderen Wert, als den, daß sie mindestens tröstet. In Wahrheit lähmt sie die Demokraten und ermuntert die Neonazis. All dies ermuntert die Rechtsextremisten, ihre Aktivitäten zu koordinieren.

Der Bremer Verfassungsschutz bestätigt das Suchen nach einem Bündnis der Rechten. Ein „Dach" ist schon vorhanden (siehe oben). M.E. sucht die Rechte die gemeinsame Taktik, weil ihre Gewalt immer mehr öffentlichen Widerstand erzeugt hat.

Demonstrationen, Kundgebungen oder Lichterketten, wie sie jetzt überall geschlossen werden, begrüßen wir. Der Kampf ist nun für die Schließung der Quellen zu führen, aus denen der Terror wächst. Um die Altlasten zu beseitigen, ist die Verteidigung der demokratischen und sozialen Rechte notwendig.

Es darf in dieser Republik keinen Stand mehr geben, der etwas mehr Freiheit hat als alle anderen.

Dafür wollen wir 1993 eintreten.

Willy H.

Schweigend durch die Stadt?

Führt der Weg heute nach Rostock statt nach Theresienstadt? Und wohin führt er uns weiter? Diese Frage konnte am 18. November im Rathaus aufkommen. Eingeladen hatten die Lidice-Initiative, die Deutsch-Israelische Gesellschaft, die Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden, die Christliche Friedenskonferenz, der Senat und die VVN-BdA zu einer Gedenkveranstaltung für die Bremer jüdischen Glaubens, die 1941 ihren Weg in die Vernichtung antreten mußten.

Bewegt vernahmen wir die Worte unseres Kameraden Hartmut Drewes zum Gedenken an Edith Stoppelmann, die nach langem seelischen Wiederdurchleidens ihrer Deportation und zufälligen Errettung vor dem Erschießungstod durch die SS in Riga, in Bremen verstarb. Ihrem Gatten Siegfried, der die langen Jahre ihr Leiden mittrug, gilt an dieser Stelle die herzliche Anteilnahme des Landesvorstandes.

Gleichsam als Requiem und Hymne zugleich mochten die Lieder der Gruppe Mahaje gedacht sein, brachten sie doch die Kraft der Hoffnung auf der Suche nach einem Weg aus Verfolgung und Völkermord zum Ausdruck: „Alle Menschen groß und klein sollen sich verstehn".

Der Bogen spannte sich von Kabarettklängen bis zu den mythischen Weisen der Chassidim in ihren Erlösungshoffnungen. Deutlich wurde der Wille, dem Schrecken des Todes im Ghetto den Trotz des Überlebenswillens entgegenzuwerfen, gespielt unter dem stets wachsamen Auge der SS, für die nur die Bilanz von Gewinn und Verlust am Tode zählte.

Professor Brumlik ist für seine Bereitschaft zu danken, für einen kurzen Abend aus Frankfurt angereist zu sein, um uns einige Überlegungen zum politischen Denken in diesem Lande, 47 Jahre nach der Shoa, zu vermitteln. Die Suche nach einer neuen Identität in diesem Lande mache es sehr unwahrscheinlich, daß symbolhaft Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden. Angesichts der Debatte um die Rolle, die dieses im Selbstbewußtsein erstarkte Deutschland in Europa und der Welt einzunehmen gedenke, werde die Frage nach dem Judenmord gleichsam aus dem Denken verbannt. Alleine der Wandel im Symbolcharakter des 9. November (1848, 1918, 1923, 1938, 1989) mache dies deutlich. Anders noch wirke die Verfolgung der Sinti und Roma nach, die ebenfalls Opfer eines vergleichbaren Völkermordes wurden.

Bis in die 3. und 4. Generation hinterläßt der Völkermord seine Spuren, sei es die Nachwirkung der Scham, überlebt zu haben, während Geschwister und Kinder ermordet wurden, sei es aus Furcht vor der Konfrontation mit den Tätern und dem von ihrem Geist angehauchten Land. Die 2. Generation leidet darunter, daß dies nicht zur Sprache gekommen war und kommt, nicht nur die 2. Generation der Opfer. Endlos spanne sich der Bogen der Beteiligten an der Massenverschleppung und -vernichtung, bis zu Bahn, Banken, Ärzten und Lehrern, die zumindest geschwiegen haben zu allem, was um sie herum vor sich ging. Getrauert wurde nach 1945 über den verlorenen Krieg und die zerschellten Träume, die nun trotzig auf den Wiederaufbau geworfen wurden. Als Spiegel wurde den Eltern um 1968 die Frage nach ihrer persönlichen Verantwortung vorgehalten. Wie aber nun ist Hoyerswerda und Rostock zu erklären?

Die DDR hatte frühzeitig die NS-Eliten ausgeschlossen und verurteilt. Das Volk aber wurde zum kollektiven Opfer und Träger des Widerstands ernannt, was es als Freispruch von persönlicher Verantwortung auffaßte, und was zum Abwälzen der Schuld und zur Verlagerung auf den Staat führte. So wurde auch die Rolle des Widerstandes in seinem Handlungsspielraum eingeengt, verstand sich doch der Staat als antifaschistisch. Anzeichen von Rassismus und Faschismus wurden als Exportgut der BRD abgetan.

Die Entwicklung eines neuen nationalen Selbstverständnisses von Bitburg über den Historikerstreit und der Schlußstrichparole führt heute zur geistigen Gedenkstättenvernichtung. Professor Brumlik bezweifelt, daß es je eine deutsche Normalität geben werde und hofft aber, daß Hoyerswerda und Rostock nur Wachstumsschmerzen auf dem Weg in einen neuen Staat sind. Schon 1920 und zuvor 1878 gab es Wellen des Antisemitismus, die dann den Politikern den Vorwand lieferten für undemokratische Maßnahmen und soziale Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen.

Raimund

Wer hat Weimar abgewürgt?

Als Kanzler Kohl Ende Oktober vor den Delegierten seiner Partei in Düsseldorf die Stunde der Wahrheit verkündete, war es genau 60 Jahre her, daß die Würger der ersten deutschen Republik zu ihrer entscheidenden Intrige ansetzten. Es waren nicht, wie Kohl und andere behaupten, rechte und linke Kräfte, die der Republik den Todesstoß gaben, sondern, wie es geschichtlich nachprüfbar ist, rechte konservative Kräfte.

Die letzte parlamentarisch gewählte Regierung unter dem Reichskanzler Müller (SPD) stürzte im März 1930. Das war in der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise, die Zeit der 6 Millionen Arbeitslosen in Deutschland. Die Dunkelzahl lag bestimmt noch höher. Sind wir heute unterwegs dahin?

Kanzler Brünings Notverordnungen von damals und Kanzler Kohls Hiobsbotschaften auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf haben beängstigende Ähnlichkeiten.

Stimmungs-Kommentare lauteten: „Die falsche Nachricht zur falschen Zeit", oder wie es ein alter Hase der Presse gegenüber formulierte: „Ich glaube, wir beschließen hier Steuererhöhungen, damit die SPD sie 1995 leichter umsetzen kann". An die SPD – die sich ja auch als linke Partei versteht – ist das eine ernste Vorwarnung. Carl Severing (SPD) bezeichnete das Intrigenspiel von damals – 1930 bis zum Januar 1933 – als traurigstes Kapitel der deutschen Geschichte in der Nachkriegszeit des ersten Weltkrieges. Dem kann man nur zustimmen.

An der Spitze der damaligen Republik stand der Großgrundbesitzer und Feldmarschall, Reichspräsident Paul von Hindenburg.

Von den konservativen Kräften wurde er als „Hüter der Verfassung", als neutraler, unparteiischer Wächter über die Republik dargestellt und gelobt. In Wirklichkeit war er die politische Leitfigur der Industriebosse, der Finanzkräfte und der konservativen Hintermänner zur Irreführung des eigenen Volkes.

Zu diesen Kräften gehörten vor allem die Herrenreiter und Kavallerie-Offiziere im Generalstab des ersten Weltkrieges, der Katholik und Zentrumspolitiker Baron v. Papen sowie der Reichswehr-General v. Schleicher. Sie waren es, die Hitler bei den Herren der Industrie und Banken hoffähig machten und ihn beim Reichspräsidenten als den Retter der Republik empfahlen.

Der spätere Reichsbankpräsident Hyalmar Schacht schrieb am 12. Nov. 1932 an den Führer der NSDAP: „Es unterliegt für mich gar keinem Zweifel, daß die Entwicklung der Dinge nur das eine Ende haben kann, und das ist ihre Kanzlerschaft". Die Geschichte belegt eindeutig, daß Kanzler Kohl die Unwahrheit sagt, wenn er behauptet, daß die Rechten und Linken der Weimarer Republik den Todesstoß gaben. Der Feind stand eindeutig rechts.

So ist es auch heute.

Alois Engel

Das war 1992

Das Jahr begann mit der Zerstörung der Scheibe unsere Büros durch zwei Steinwürfe. Der Angriff galt dem Roten Winkel und einem antifaschistischen Plakat. Es folgten Telefondrohungen bis hin zu Morddrohungen. Unser Protest galt der Überlassung des Vorsitzes der Kulturdeputation an die DVU. Mitglieder des Landesvorstandes standen ein weiteres Jahr Mahnwache vor der Bürgerwschaft. Am 30. Januar diskutierten wir mit Lorenz Knorr Friedenslösungen für Jugoslawien. Gemeinsam mit SPD und DKP gedachten wir der Opfer der Niederschlagung der Bremer Räterepublik. Dank des scheidenden Bausenators Kunik konnte Willys Initiative auf Ergänzung der Straßenschilder von Friedensnobelpreisträgern im Februar umgesetzt werden.

Die Neofaschismuskommission wurde in Heideruh zusammengerufen. Unsere Landesmitgliederkonferenz im März informierte sich und ganz Bremen über die Lage in Neufünfland. Die Forderung nach Entschädigung aller Opfer und nach Bestrafung aller NS-Mörder wurde weiter beharrlich vorgetragen.

Erstmals fand die Lidice-Gedenkveranstaltung am 1. Mai statt. Im Mai auch der Bundeskongreß, zu dem wir ein Bündel von Überlegungen beisteuerten. So muß eine Geschichtsaufarbeitung unserer Auffassung nach das Wechselverhältnis der beiden deutschen Staaten im Kalten Krieg einschließen. Daher unterstützen wir die Forderung nach Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges, eben auch und gerade der Adenauer-Verfolgten. Kritisiert wurde die Vernachlässigung der politisch-ideologischen Seite des Faschismus. Unser Beitrag zur Bewegung gegen den Rassismus war ein offener Brief an die Kollegen der Gewerkschaft der Polizei, nicht zuzusehen, wie Flüchtlinge in Polizeirevieren zusammengeschlagen werden. Der Bunker Farge rückte mehrmals in unser Gesichtsfeld. Intensive Gespräche gab es mit der Geschichtswerkstatt Wedel. In Vorgesprächen zu Veranstaltungen über den Aufstand im Warschauer Ghetto 1943 haben wir wiederholt deutlich gemacht, daß der Antifaschismus nicht tot ist. Was Entsolidarisierung in seiner bestialischen Form bedeutet, vermittelte Kurt Pätzold in einer Lesung zu seinem Buch über die Wannseekonferenz. Dieses Grauen konnte man auch in der Ausstellung über Euthanasie in Bremen spüren. In Jena haben wir das Gespräch mit Kameraden und Kameradinnen der IVVdN begonnen. Der Bund der Antifaschisten in Neubrandenburg ist unser zweiter Anlauf, feste Kontakte herzustellen. Heftige Diskussionen löste die Beteiligung Alfred Mechtersheimers am 1. September aus, vor allem wegen seiner völkisch klingenden Ansätze und seiner Nicht-Distanzierung von Kontakten zu Nationalrevolutionären. Beherrschende Herbstthemen waren Blauhelmeinsatz und Artikel 16. Sie waren Gegenstand der Kundgebungen am 1. September und auf dem Osterholzer Friedhof am 13. September.

Am 9. November wies Willy auf die gemeinsame Verfolgung aller Gruppen der Arbeiterbewegung und rassisch Verfolgter hin.

Wie sieht es in der Organisation aus? Aufgrund der Einschätzung, daß der Rückgang der Teilnehmerzahl an allen Mitgliederversammlungen die Aktivitäten lähmt, haben wir uns entschlossen, erst einmal gemeinsame monatliche Versammlungen für ganz Bremen durchzuführen. Gegenstand dieser Versammlungen waren Gespräche mit der Gesamtschülervertretung über die Ereignisse von Rostock und die Hintergründe im braunen Netz. Die Beteiligung an Vorstandssitzungen ist so rückläufig wie die Mitgliederzahl, die nun bei 125 liegt.

Unsere Hoffnungen auf eine feste Bürokraft haben sich vorerst zerschlagen. Nach wie vor schaffen wir es, den BAF monatlich herauszubringen und das Büro zu halten. Dabei sind wir aber auf tatkräftige Hilfe und materielle Unterstützung aller angewiesen.

Raimund

Presseerklärung

Die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes, Bund der Antifaschisten, warnt vor der irrigen Auffassung, daß mit dem jetzt ausgehandelten Asyl-Gesetz die Probleme der Asylsuchenden gelöst werden können.

Die Rechtsextremisten werden es als eine Bestätigung und Rechtfertigung ihrer Ausschreitungen ansehen, wenn der Staat nachgibt.

Seit Jahren warnen wir vor dem Zurückweichen vor dem Rechtsextremismus.

Der Verfassungsschutz hat Kenntnisse über das Netz der Rechtsradikalen. Die Dokumentation (und der Film) über „das braune Nest" (Buch- und Filmtitel) dürfte auch dem Verfassungsschutz bekannt sein.

Es wird sogar die Befürchtung ausgesprochen, daß alle Anzeichen auf einen weiteren Aufschwung der Gewalt deuten bis hin zum Rechtsterrorismus.

Zu befürchten ist weiter ein zentral gesteuerter Einfluß neofaschistischer Organisationen und ihrer Gewalt gegen Demokraten, Antifaschisten und andersdenkenden Menschen.

Wir fordern die Durchführung der gesetzlichen Möglichkeiten und die Auflösung der rechtsextremistischen/neofaschistischen Organisationen.

Willy Hundertmark
für den Landesverband VVN-BdA

Jahresabschlußfeier der VVN-BdA

Am 5.12.92 fand unsere alljährliche Abschlußfeier in der Begegnungsstätte Haferkamp statt.
Im Anschluß daran gab uns der Landesvorsitzende Walter einen politischen Bericht, in dem vor allem auf die wachsende Gefahr von Rechts hingewiesen wurde.
Raimund folgte mit einem Tätigkeitsbericht des vergangenen Jahres.

Aus Neu-Brandenburg berichtete der Kamerad Walter über die Tätigkeit der dortigen IPVVN.

Im kulturellen Teil begeisterten Gedichte von Otmar Leist, der aus seinem neuen Buch vorlas.

Für dezente Hintergrundmusik danken wir dem Kameraden Udo. Für große Stimmung sorgten Jochen, Eva und Kinder mit ihrer irischen Folkmusik, sowie eine Jux-Tombola.
Natürlich blieb auch Zeit für einen gemütlichen Klönschnack bei Kaffee und Kuchen.

Allen Kameradinnen und Kameraden nochmals herzlichen Dank für selbstgebackenen Kuchen, Geldspenden und tatkräftige Hilfe.
Auf ein gesundes Wiedersehen im Neuen Jahr!

Ulli

Bravo

Ein Mitarbeiter einer in Bremen ansässigen internationalen Firma hat einem Mitglied der Belegschaft fristlos gekündigt.

Die Person hatte mit seiner aggressiven Ausländerfeindlichkeit die Mitarbeiter belästigt.

Die Redaktion

Der Eklat von Rostock.

AUF DIE SPRACHE KOMMT ES AN! Auf das Sprechen – nicht auf das Verschweigen – kommt es an!

Kein Opportunist zu sein, darauf kommt es an!

Auf den Mut, UNBEQUEME WAHRHEITEN, „Tabus" anzusprechen, darauf kommt es an!

Ich frage täglich überall danach: wie beurteilst DU die fortgesetzten Gewalttaten der Besatzer auf palästinensischem Boden? Was gedenkst DU für die Opfer zu tun?

Manche wollen mir (und anderen) einreden, „so etwas gehört sich nicht für Deutsche".

So einfach ist das also – alle reden von den Menschenrechten, die UNTEILBAR sind. DIE POLITIKER REDEN AM LAUTESTEN DAVON ... schweigen und zahlen, wenn ein paar Herrenmenschen befinden, in Palästina haben Völker- und Menschenrecht „Pause", gelten nicht für die Einheimischen.

IRRTUM, FREUNDE, LANDRAUB, ETHNISCHE SÄUBERUNGEN EROBERTER LÄNDER, SIND IMMER UND ÜBERALL VERBRECHEN!

Ich stehe dafür und bin trotzdem kein Nazi. Sollte jemand anderer Meinung sein, wird das an der Richtigkeit der Aussage nichts ändern.

Es gibt weit über 100 Beschlüsse/Resolutionen der UNO und des Weltsicherheitsrates GEGEN die Verbrechen am Volk von Palästina und an ihrem Land.

Eigentlich schwer vorstellbar, daß alle, die diese UN-Erklärungen unterstützen, „Nazis" sein sollen. ICH FRAGE MICH ABER, was diejenigen wohl sind, die mit Wort und Tat bekunden, daß Herrenrecht (Kolonialherren„recht") VOR Menschenrecht GINGE.

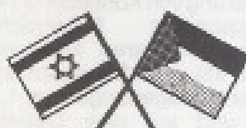
Bisher sind alle UN-Resolutionen von den Tätern und ihren Freunden vom Tisch geweht worden. Bei den Abstimmungen der UN-Generalversammlungen ist DAS ABSTIMMUNGSVERHALTEN DER BRD ENTSPRECHEND. (UN-Protokolle, Band I und II)

– Wie nennt man das planmäßige Unterlaufen der wichtigsten internationalen Abkommen (Menschenrecht, Genfer Konvention u.ä.)?

„Manchmal" weiß das jeder – „manchmal" „vergißt" es jeder. Ich bin nicht „jeder", ABSICHTLICH NICHT.

Irmgard

Zwei Völker, zwei Staaten:



eine gemeinsame Zukunft.

UNO-Generalversammlung-RESOLUTION 181, 29. November 1947 (Teilungsplan), „darf nicht" durchgesetzt werden.

Verbote und Justiz

Das Verbot der NF brach nicht den Protest gegen den neofaschistischen Terror.

So erstmal das Verbot der „Deutschen Alternative (DA) noch gibt es das braune Netz, in dem die Naziaktivisten untertauchen" werden. Es bietet sich auch wieder die FAP an, in der damals die Mitglieder der ANS/NA „untertauchten".

Dort setzten sie ihren Terror fort, wie Privenau und seine Kumpane in Bremen. Städte wie Bielefeld, Dortmund, Essen und Mannheim klagten bei den Verwaltungsgerichten (VG). Nach ablehnenden Bescheiden entschied das Bundes-VG am 18.2.88 die Klage Mannheims (stellvertretend für alle): Die FAP hat die gleichen Grundrechte wie jede andere Partei auch (6 K 126/87) vom 18.2.88.

Weil dieses BVG so entschied, hat Stuttgart 11 Neonazis angeklagt. Am Montag, den 30.11.92, berichtete der Deutschlandfunk, dieser Prozeß lauft schon 22 Monate. Eine Flut von Beweisanträgen der Verteidiger verzögere eine Entscheidung.

Besonders sei in diesem Prozeß der RA Jürgen Rieger, Hamburg, tätig, in Bremen im Prozeß gegen Privenau gut bekannt.

Was tun? – wird gefragt.

1. ist das braune Netz jeden Tag zu enthüllen.
2. ist eine andere Sprache von den Regierenden und den Medien erforderlich.
3. sollte endlich die Gleichsetzung Rechtsextremismus und Links aufhören.

Wenn „Linke" zum Terror übergehen, dann schaden wir der linken Bewegung.

Ein Aufmerksamer

Mosaik Kulturhaus

Wie schon immer: Der Schoß ist noch fruchtbar! Wehret den Anfängen!

Betr.: Mord an drei Türkinnen in Mölln am 23.11.92

Wir sind empört darüber, daß es so weit gekommen ist.

Wir klagen die PolitikerInnen und Regierenden an, die mit ihren unheilvollen „Asyldebatten" dazu beitrugen.

Wir klagen die Politik und den deutschen Staat an, die/der den Anforderungen der Zeit nicht gerecht wird und werden will.

Der aggressiv-militante Rassismus kommt nicht von ungefähr. Er ist auch nicht erst seit einiger Zeit aktuell. Er ist im System, im Fundament dieser Gesellschaft verwurzelt:

- Er liegt darin begründet, daß die deutsche Geschichte nicht richtig aufgearbeitet wurde. Die daraus zu ziehenden Konsequenzen wurden nicht an die jüngeren Generationen übertragen.
- Infolge dessen wurde ein Staat und eine Gesellschaft geschaffen, wo ehemalige Nazis noch tätig waren und rassistisches Gedankengut vorhanden ist.
- Obwohl die BRD schon längst ein Einwanderungsland ist, wollen die Regierenden dies nicht wahrhaben. Folgerichtig praktizier(t)en sie eine Politik, die Nichtdeutsche aus außereuropäischen Räumen diskriminiert, so daß man hier von einer „modernen Apartheid" reden kann.

Es ist dann kein Wunder, daß die Erziehung in der Familie, Schule und Gesellschaft im großen und ganzen auf die Mißachtung der Minderheiten gerichtet ist.

Die Lösung des Problems liegt auf der Hand:

1. Anerkennung der BRD als Einwanderungsland, entsprechende Grundgesetzänderung
2. Recht der MigrantInnen auf doppelte Staatsangehörigkeit
3. Erlaß eines Anti-Diskriminierungsgesetzes
4. Strenge Verfolgung und Verbot der faschistischen Organisationen
5. Erziehung, die der Realität der Interkulturalität gerecht wird.

KEINE ÄNDERUNG DES ASYLRECHTS!

Wer hilft?

Wer hat Erinnerungen an und Informationen über Stefan Lovász (1901-1938)?

Stefan Lovász (der Name wurde oft falsch geschrieben: Lovacz, Lowacz, Lowatsch; er wird aber „Lohwass" gesprochen) kam 1907 mit seinen Eltern – gebürtigen Ungarn – von Österreich nach Aumund und wurde Modelltischler auf der Bremer Vulkan. 1929/1930 arbeitete er in der Armaturenfabrik in Rönnebeck und wurde dann arbeitslos. Im Sommer 1930 trat er der KPD bei. Danach schrieb er für die kommunistische Arbeiterzeitung und die Zeitung „Der Arbeitslose".

Anfang März 1933 tauchte er unter. Nach mehrmonatiger Tätigkeit als Bezirkskassierer der KPD Bremen verzog er illegal nach Hamburg, wo er kurz bei einer Versicherung arbeitet, und ging dann über Ostfriesland in die Niederlande, wo er ein knappes Jahr als Flüchtling wohnte und arbeitete.

Ab Herbst 1934 wurde Stefan Lovász wieder im Deutschen Reich eingesetzt. Als politischer Leiter der KPD Württemberg entfaltete er in Stuttgart eine umfassende organisatorische Tätigkeit, ließ antifaschistische Druckschriften herstellen und verbreiten, stellte Kontakte zu anderen Widerstandskräften her und nahm an Besprechungen im Ausland teil. Am 15.6.1935 wurde er verhaftet, am 12.6.1937 wegen „Hochverrats" gemeinsam mit Lilo Herrmann, Artur Göritz und Josef Steidle zum Tode verurteilt und am 20.6.1938 in Plötzensee hingerichtet. Gegen die Vollstreckung der Todesurteile wurden in mehreren Ländern Europas eine Protestkampagne organisiert.

Stefan Lovász und seine Frau Amalie (Alma, 1907-1982) hatten vier Töchter, die zwischen 1925 und 1932 geboren wurden.

Über die Persönlichkeit von Stefan Lovász ist nur weniges bekannt, z.B., daß er Geige spielte (auch im Untergrund soll er immer sein Instrument bei sich gehabt haben), in Musikvereinen dirigierte und gern kleine Gedichte schrieb.

Als die VVN-BdA Baden-Württemberg 1989 eine Broschüre über Lilo Herrmann herausbrachte, lagen nur sehr wenige Informationen über den führenden Kopf ihrer Stuttgarter Widerstandsgruppe vor. Nicht einmal ein Foto von Stefan Lovász stand uns damals zur Verfügung. Im Rahmen einer wissenschaftlichen Forschungsarbeit – die auch in eine VVN-Veröffentlichung eingehen soll – möchte ich auf das Leben und Wirken dieses Mannes angemessen eingehen. Dabei möchte ich mich nicht nur auf die umfangreichen Gestapo-Akten stützen (müssen), die mir inzwischen zugänglich sind. Ich bin deshalb dankbar für alle persönlichen Erinnerungen und Erinnerungsstücke an diesen Widerstandskämpfer.

Lothar Letsche, Postfach 1909, W-7400 Tübingen, Telefon über 07071-76133 (ich rufe zurück).

Mit „Hart Backbord"

Am und mit einem Nikolaus-Matinee.

Angesagt war: Am 5.12. um 11.00 Uhr singt der Chor „Hart Backbord" im neuen Kulturzentrum Westend.

Lag es an den neuen Räumen, lag es am guten Besuch, oder lag es an der launischen Einführung in die Bedeutung und Herkunft der Shantys, auf alle Fälle zeigte der Chor einen Teil aus einem großen Fundus gekonnt vor.

5. Dezember um 11.00 Uhr morgens, das war die Gelegenheit, auch die Kinder mitzunehmen.

Von allen Überraschungen, die der Chor geboten hat, war die mit dem Auftritt vom Nikolaus die beste (zur Freude von jung und alt).
Natürlich wußte der Chor, daß noch eine Zugabe gefordert wurde, danach war die gelungene Matinee zu Ende.

Auf Wiederhören, auf Wiedersehen,

Der „Bremer Antifaschist".

Was sonst noch geschah:

Zur Lichterkette hatten die Programmgestalter von Funk und Fernsehen am 18. Dezember 92 zur Pressekonferenz eingeladen. Der Kamerad W. H. machte zwei Bemerkungen:

1. Nach dem Brandanschlag in Rostock hatte die Gesamtschülervertretung (GSV) zu einem Schülerparlament eingeladen. Zum Thema Ausländerhaß war Frau Dagmar Lill, zum Thema Justiz Staatsanwalt von Bock und Pollach, und zum Thema Rechtsextremismus war ich eingeladen. Erschienen waren 350 Schulsprecher. Herr Senator Henning Scherf diskutierte anschließend mit dem Forum zur Gewalt an Schulen. Trotzdem Funk und Fernsehen eingeladen waren, ist niemand erschienen.

   Antwort: Wir können ja nicht überall sein.

2. Er kam gerade von einem Stadtrundgang mit einer Schulklasse. Am Denkmal an der Ostertorwache erzählte er, daß sich am 22. Dezember 92 zum 50. Male die Hinrichtung von 3 Frauen und 8 Männern der Gruppe Schulze-Boyssen, Harnack, jähre.

   Dazu hatte die Staatsanwalt in Berlin Hitlers Befehl, diese 11 Menschen nicht mit dem Beil, sondern mit dem Strang hinzurichten.

   Die Anstaltsleitung von Plötzensee errichtete daraufhin in einem Schuppen eine „Maschine". Diese bestand aus einer Schiene, auf der 8 Fleischerhaken mit Rollen liefen. Diese „Maschine" ist u.a. in den Nächten vom 5. - 7. September 1943 für die Ermordung von 360 Antifaschisten sowie 1944 gegen die Männer des 20. Juli eingesetzt worden.

   Antwort: Gedenktage sollten mehr gewürdigt werden.

Kam. Raimund berichtete: Als Mitglied der VVN-BdA sei er u.a. auch in einem Chor, in dem mehrere Nationalitäten gemeinsam sängen. Dort sei auch oft das Thema Ausländerhaß im Gespräch. Er schilderte einige Erlebnisse, die Freundinnen und Freunde des Chores gehabt haben.

Ausstellung „Der jüdische Kulturbund"

„Geschlossene Vorstellung – der jüdische Kulturbund in Deutschland 1933 - 1941" ist der Titel einer Ausstellung, die Radio Bremen für die Zeit vom 14. Januar bis 26. Februar ins Bremer Überseemuseum holt. Dazu hat die Kultur-Abteilung von Radio Bremen ein umfangreiches kulturelles Rahmenprogramm in der Hansestadt und in Oldenburg zusammengestellt. Mitveranstalter sind der Senator für Kultur und Ausländerintegration, die Universität Oldenburg, das Kulturamt der Stadt Oldenburg und die Deutsch-Israelische Gesellschaft Bremen.

Funk- und Fernsehprogramme zu dieser Ausstellung sind im Büro der VVN-BdA Bremen e.V. einzusehen.

ZUSAMMEN
Leben, Arbeiten, Entscheiden

GLEICHE RECHTE
für
Deutsche und Einwanderer und Flüchtlinge

Geburtstage im Januar

Helma Klems	03. Januar	64 Jahre
Lina Schwartz	05. Januar	87 Jahre
Fred Schultz	07. Januar	62 Jahre
Karl Weidner	10. Januar	82 Jahre
Fritz Franz	17. Januar	81 Jahre
Irmgard Alfken	23. Januar	62 Jahre
Uwe Kempf	25. Januar	44 Jahre

Allen Kameradinnen und Kameraden herzlichen Glückwunsch und viel Optimismus für unsere Aufgaben und Ziele für das Jahr 1993

Der Landesvorstand

Termine

Achtung!
Gruppe Ost, Süd und West

Einladung zur Filmveranstaltung.

Es wird der Film gezeigt:

Das Braune Netz

Am Montag, den 18.1.93 um 19.00 Uhr im Landesbüro der Bügermeister-Deichmann-Str. 26.

Es lädt ein:

Der Landesvorstand

Vormerken:

Am 6. Februar 1972 wurde auf dem Waller Friedhof ein neues Denkmal für die gefallenen Verteidiger der Bremer Räte-Republik der Öffentlichkeit übergeben.

Es war die längst fällige Wiedergutmachung für das von den Bilder- und Denkmal-Stürmern 1933 zerstörte Prof. Bernhard Höttger-Denkmal.

1993 treffen wir uns wieder zum Gedenken.

Ökologische Modernisierung des Faschismus

Auszug aus einem Brief von Anette.

Wie wichtig – überlebenswichtig – die Lösung ökologischer Fragen ist, ist kein Geheimnis.

Anette weist dankenswerter Weise darauf hin, daß nicht nur Sekten, Esoteriker und andere mit dem Öko-Gedanken (und der Angst vor der kommenden Katastrophe) Gläubige einfangen, sondern ebenso RECHTSRADIKALE ÖKO-FASCHISTEN EIFRIG AN DER ARBEIT sind. Das macht es nötig, alle öffentlich angebotenen Lösungsvorschläge in Sachen Öko-Probleme GENAU zu ANALYSIEREN:

Wer sagt was und, warum?

Anette empfiehlt uns ein Buch über dieses Thema, das allen Ökofreaks sicher gute Dienste leistet – das heißt natürlich nicht, daß andere Antifaschisten, die einen anderen Arbeitsschwerpunkt (als Öko) haben, es nicht zu lesen bräuchten.

(ANETTE MÖGE DIE KURZFASSUNG IHRES BRIEFES UND DIE ÜBERSETZUNG INS UMGANGSDEUTSCH ENTSCHULDIGEN.
IRMGARD)

Die „ökologische Modernisierung des Faschismus" analysiert Jutta Ditfurth in ihrem neuen Buch „Feuer in die Herzen" (Carlsen-Verlag, DM 36) ausführlich. Es gibt mir endlich die Möglichkeit, viele Ahnungen und Ängste einzuordnen, mehr zu erfahren über Hintergründe, Zusammenhänge, Personen und Organisationen. Auch die sachliche Auseinandersetzung kommt nicht zu kurz, wie in manchen Flugblättern der Zeitschrift der ökologischen Linken. Ich denke, daß es für Antifaschisten unbedingt notwendig ist, sich mit den neuen Formen der faschistischen Gefahr auseinanderzusetzen, auch wenn sie sich nicht vordergründig in die klassischen Konfliktlinien einordnen lassen. Es ist vielleicht nicht gerade Tradition für Antifaschisten, sich in ökologischen Debatten zu Hause zu fühlen – aber wenn wir hier schweigen, überlassen wir dieses Kampfgebiet denen, die es von rechts besetzen!

A.S., Jena

Günter Grass: Rede vom Verlust

„Sind wir Deutschen uns selber so fremd geworden, daß wir nicht mehr von uns und unseren Besitzständen absehen können? Und ist – dringlich befragt – das eingefleischte Fremdsein zwischen den Deutschen womöglich die Ursache für den gegenwärtigen, das Land gesamtdeutsch mit Schande bedeckenden Haß angesichts Fremder, die wir Ausländer nennen?"

„Ist dem deutschen Hang zur Rückfälligkeit kein heilsames Kraut gewachsen? Ist uns die Wiederholungstat in Runenschrift vorgeschrieben? Muß uns Deutschen – wie zwangsläufig – alles, selbst das wunderbare Geschenk möglicher Einigung, zur monströsen Spottgeburt mißraten? Ist uns, die wir immer noch von letzten Ausflügen ins Absolute beschädigt sind, noch immer kein ziviler, das heißt humaner Umgang mit In- und Ausländern möglich?

Was fehlt uns Deutschen bei all unserem Reichtum?"

Wichtige Mitteilungen:

Unser Büro ist geöffnet:
Dienstags von 15.00-18.00 Uhr
Mittwochs von 15.00-18.00 Uhr
Donnerstags von 15.00-18.00 Uhr
Tag der Bürokasse und Beitragszahlungen
Beitragsbelege für das Finanzamt auf Anforderung

Jeden Montag von 17.00-18.00 Uhr tagt der Geschäftsführende Vorstand

Jeden 4. Montag von 19.00-22.00 Uhr der Landesvorstand
Alle Mitglieder können mit beratender Stimme teilnehmen.

Bekanntmachung Beratungsdienst
Jeden Donnerstag in der Zeit von 16.30 - 18.00 Uhr im Büro Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, in allen sozialen Fragen kann beraten werden. Wenn notwendig, wird auch Hilfe bei Behördengängen möglich sein.

Die Anschrift für alle Angelegenheiten:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.
Bürgermeister Deichmann Str. 26
2800 BREMEN 1
Tel.: 0421/38 29 14

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Alternative Rundgänge-Fahrten, Anmeldung auch unter Tel.: 61 12 62

Redaktionsschluß für den BAF am 15. eines jeden Monats.
Wichtige Mitteilungen und Artikel sind nach Absprache möglich.

V.I.S.d.P.: Willy Hundertmark

Vormerken

Am 30. Januar 1993 vor 60 Jahren, berief der greise Reichspräsident von Hindenburg Generalfeldmarschall a.D. Adolf Hitler zum Reichskanzler.

Die Berufung erfolgte auf Drängen des Finanz- und Industriekapitals aus Angst, evtl. die falsche Partei finanziert zu haben.

Das Friedensforum bereitet eine Kundgebung vor.